POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE MÄRZ 2023 | 19. JAHRGANG



Am Freitag, 24. Februar 2023, jährte sich der Angriff Russlands auf die Ukraine. Millionen Menschen sind auf der Flucht, es gibt bereits Hunderttausende Tote und es ist kein Ende in Sicht. DIE LINKE stellt sich von Beginn an gegen Putins Angriffskrieg. Wir fordern den Rückzug der russischen Truppen, eine Verfolgung von Kriegsverbrechen und werben für internationalen Druck auf Putins Regime. Waffenlieferungen lehnen wir ab. Aus diesem Anlass haben sich die beiden Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina und Sebastian Walter, mit einem Brief an unsere Mitglieder gewandt, der auf unserer Website dokumentiert ist: www.dielinke-brandenburg.de Und in dieser Ausgabe SEITE 3



Ziel: ein wettbewerbsfähiges Einkommen

Im öffentlichen Dienst laufen derzeit Warnstreiks, u.a. für mehr Gehalt für die Beschäftigten. Wir sprachen mit Janina Michalke, Krankenschwester, stellvertretende Bezirksvorsitzende des ver.di-Bezirksvorstands Potsdam-Nordwestbrandenburg und Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN.
SEITE 5



DIE LINKE trauert um Hans Modrow

Hans Modrow ist am 10. Februar 2023 verstorben, er wurde 95 Jahre alt. Bis ins hohe Alter, bis kurz vor seinem Tod, war er politisch aktiv. Er war ein kämpferischer Sozialist und konsequenter Antifaschist. Durch sein Wirken prägte er auch die Geschichte unserer Partei. Hans Modrow wird in unserer Partei fehlen.
SEITE 6



Umwelt schonen am Staudenhof

Eine von Architekten, Kunsthistorikern und oppositionellen Kommunalpolitikern ins Leben gerufene Initiative „Retten wir den Staudenhof“ soll den Abriss und Neubau verhindern. Sanierung und Modernisierung schonen die Umwelt und wären hier der bessere Weg.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 1.März 2023. Weiter lesen Sie: Der „Rathausreport LIVE“, die beliebte Talk-Runde mit unseren Abgeordneten, ist nach rund drei Jahren Corona-Beschränkung wieder zurück auf der Potsdamer Medien-Bühne.
SEITEN I – IV



Stille Reserve auf Rekordhoch - Regierung muss handeln

Von Jessica Tatti, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

„Während Arbeitgeber in vielen Engpassberufen händeringend nach Arbeitskräften suchen, leistet sich die Ampel eine anwachsende ‚Stille Reserve' von mittlerweile rund zwei Millionen Menschen, deren Alter zwischen 25 bis 59 Jahren liegt. Dabei handelt es sich um Menschen mit Arbeitswunsch und überwiegend guten Qualifikationen, die aber nicht als arbeitsuchend registriert sind. Sie sind damit unsichtbar für die Behörden. Für die Gesamtwirtschaft und die Unternehmen ist das ein großes Problem. Minister Heil hat dieses Problem weder erkannt noch einen Plan, diese Menschen anzusprechen. Stattdessen dreht sich die Diskussion immer noch einseitig um billige und fertig ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland. Ich fordere die Bundesregierung auf, die Stille Reserve in den Blick zu nehmen", kommentiert Jessica Tatti, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die von der Bundesagentur für Arbeit Ende Januar 2023 veröffentlichten Arbeitslosenzahlen. Tatti weiter: „Oft liegt es an den Rahmenbedingungen wie einer verlässlichen Kinderbetreuung, die eine Arbeitsaufnahme verhindern. Mehr als jede dritte Frau in der Stillen Reserve gibt an, aufgrund ihrer Betreuungsaufgaben keine Arbeit aufnehmen zu können. Zudem braucht es hochwertige Beratung und niederschwellige Angebote wie kostenlose Bewerbungstrainings. Am wichtigsten sind aber gute Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, gerade im Dienstleistungsbereich. Dann wären wieder mehr Menschen bereit, ihre Arbeitskraft einzubringen."

Januar 2023: Anstieg der Arbeitslosigkeit in Potsdam



Die Arbeitslosigkeit ist im Januar 2023 in der Stadt gestiegen - die absoluten Zahlen kletterten um 352 auf 5.474. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 254 Arbeitslose mehr. Die Arbeitslosenquote (auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen) lag im Januar bei 5,5%; vor einem Jahr waren es 5,3%.

Im Rechtskreis SGB III („Arbeitslosengeld") lag die Arbeitslosigkeit bei 1.888, das sind 226 mehr als im Vormonat und 18 mehr als im Vorjahr. Die anteilige SGB III-Arbeitslosenquote lag bei 1,9%.

Im Rechtskreis SGB II („Grundsicherung / Hartz IV / Bürgergeld") gab es 3.586 Arbeitslose, das ist ein Plus von 126 gegenüber Dezember; im Vergleich zum Januar 2022 waren es 236 Arbeitslose mehr. Die anteilige SGB II-Arbeitslosenquote betrug 3,6%.

Im ersten Halbjahr 2022 wurde festgestellt: 614 Potsdamer:innen sind wohnungslos. Zwei Drittel davon sind Männer, ein Viertel Kinder und Jugendliche.

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam" – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 02. April 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



Frieden. Jetzt! – Ein Jahr Krieg in der Ukraine

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute vor einem Jahr begann der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Noch wenige Tage zuvor hätten sich wohl die meisten von uns diese Entwicklung nicht vorstellen können – dennoch ist sie seit 365 Tagen bittere Realität. Millionen Menschen sind geflüchtet, Hunderttausende getötet worden. Viele auch unserer Genoss:innen engagieren sich seit dem ersten Kriegstag in der humanitären Hilfe.

Die öffentlichen und auch innerparteilich erbittert geführten Auseinandersetzungen täuschen zur Zeit leider häufig darüber hinweg, dass DIE LINKE. auch weiterhin die einzige konsequente Friedenspartei im Deutschen Bundestag ist und bleibt. Wir haben unsere Position vielfach bekräftigt und geschärft:

DIE LINKE verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entschieden. Eine Friedenslösung setzt die Wiederherstellung der territorialen und politischen Integrität der Ukraine voraus. Die Diskussion um immer neue Waffenlieferungen ist kein Beitrag zur Deeskalation des Konflikts. Stattdessen braucht es endlich konsequente diplomatische Bemühungen für Waffenstillstandsverhandlungen. Der Parteivorstand hat Verhandlungen unter Einbeziehung Chinas, Indiens und der EU vorgeschlagen. Auch diplomatische Initiativen wie die des brasilianischen Präsidenten Lula sollten offensiv unterstützt werden. Mittel- und langfristig muss ein kollektives europäisches System unter Einbeziehung der Ukraine, Russlands und aller anderen europäischen Staaten etabliert werden, das die Sicherheitsinteressen aller Staaten einbezieht. Dies wird nicht erreicht über Milliarden-Investitionen in militärische Aufrüstung und die Militarisierung der Außenpolitik, sondern über Abrüstung und Milliarden für soziale und Klimagerechtigkeit.

Mit diesen, unseren Positionen müssen wir in die Öffentlichkeit. Diese müssen und wollen wir gemeinsam vertreten. Rund um den Jahrestag des Kriegsbeginns finden zahlreiche Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen statt. Wir bitten Euch, liebe Genossinnen und Genossen, nehmt an diesen Veranstaltungen in Eurer Nähe teil und zeigt Flagge für eine friedliche Lösung.

Der Diskussionsbedarf ist in der Gesellschaft, aber auch in der Partei hoch. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das kommunalpolitische Forum und auch Kreis- und Ortsverbände bieten eine Vielzahl von Veranstaltungen an. Dennoch werden auch wir in den kommenden Wochen gemeinsam mit den Kreisverbänden noch einmal parteiinterne Diskussionsforen anbieten, in denen wir unsere Positionen weiter schärfen und Argumente austauschen können. Dabei werden uns unter anderem Kerstin Kaiser und Jan van Aken mit ihrer Expertise begleiten.

Nur gemeinsam können wir eine starke Stimme für den Frieden sein! Dafür ist auch Dein Beitrag gefragt!

Katharina Slanina und Sebastian Walter

(Landesvorsitzende)

Jetzt ist unsere Solidarität gefragt!

Das Erdbeben in der Türkei und Syrien hat verheerende Folgen. Zu der Naturkatastrophe, die nicht verhindert werden konnte, kommt die humanitäre Katastrophe der mangelnden Hilfe vor Ort. Der syrische Präsident Assad blockiert noch immer internationale Hilfe für das Erdbebengebiet. Der türkische Präsident Erdogan nutze die Gelegenheit nicht zur Hilfe, sondern um weiter Bomben auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien zu werfen. Auch in den kurdischen Regionen in der Türkei kommt die Hilfe nur sehr schleppend an. Den Vereinten Nationen



zu Folge sind allein in Syrien 5,3 Millionen Menschen durch das Beben obdachlos geworden. Ohne schnelle Hilfe drohen sie zu erfrieren. In der gesamten Region ist humanitäre Hilfe dringend notwendig.

DIE LINKE fordert daher zu Spenden auf, vorzugsweise an Organisationen, die insbesondere auch in den kurdischen Gebieten in Syrien und der Türkei aktiv sind, da dort bislang am wenigsten staatliche Hilfe ankommt. Siehe: www.die-linke/mitmachen/silidaritaet-hilft/

Historisches Kalenderblatt: Der Tag von Potsdam und die Hohenzollern



DER „BRAUNE“ PRINZ IN AKTION

Der 21. März 1933 ging als Tag von Potsdam in die Geschichte ein. Nach den Wahlen, bei denen die NSDAP nicht die absolute Mehrheit erreicht hatte, wollten die Nationalsozialisten vor der Konstituierung des Reichstages in der Berliner Kroll-Oper mit einem Staatsakt ein deutliches Zeichen für ihre Verbundenheit mit den rechtskonservativen Kräften setzen. Was eignete sich dazu besser als das noch von der Monarchie geprägte Potsdam und die Garnisonskirche, in der sich die Särge von Friedrich II und seinem Vater, dem Soldatenkönig, befanden. Der greise Reichspräsident Hindenburg besuchte die Gruft und hielt eine kurze Ansprache. Maßvoll empfahl sich Hitler in seiner Rede als Reichskanzler. Legendär seine symbolische Verbeugung vor Hindenburg. An dem Festakt nahmen die noch nicht verhafteten Abgeordneten der SPD nicht teil, die Repräsentanten der KPD wurden ohnehin schon verfolgt. Tausende Potsdamer und Gäste der Stadt waren allerdings auf den Beinen. Die Reichswehr, die Schutzpolizei, Einheiten der SA und der SS, die Hitlerjugend, der Stahlhelm und „vaterländische Vereine“ in historischen Uniformen paradierten auf der Breiten Straße. In mehreren deutschen Garnisonsstädten fanden an diesem Tag auch Kundgebungen statt. In Berlin zog man am Abend mit Fackeln durch das Brandenburger Tor.

Wenn auch differenziert, sahen andererseits die Hohenzollern und andere Vertreter des Adels in den Nationalsozialisten eine Kraft, mit der man die Monarchie wiederherstellen oder zumindest seinen Einfluss erweitern konnte. An der Veranstaltung in der Potsdamer Garnisonskirche nahm deshalb an exponierter Stelle der Kronprinz Wilhelm von Preußen und seine Frau sowie die drei meist in Potsdam lebenden Prinzen teil. Sinnbild der Symbiose zwischen den Nationalsozialisten und den Hohenzollern ist das inzwischen aufgetauchte Foto, das den Kronprinzen in historischer Husarenuniform im Gespräch mit Hitler und dessen Stellvertreter Göring zeigt. Dieser war auch mehrfach im Schloss Cecilienhof zu Gast, das von der Kronprinzenfamilie bewohnt wurde. Antisemitische Äußerungen des im holländischen Exil lebenden Kaisers Wilhelm II. und des Kronprinzen sind dokumentiert, ebenso wie deren Begeisterung für die faschistische Herrschaft in Italien. Auch wenn es unter einem Teil der Naziführung Vorbehalte gegenüber den Monarchisten gab, ist im März 1932 zwischen dem Kronprinzen und Hitler ein Plan zur gemeinsamen Übernahme der Macht verhandelt worden. Bereits 1924 gab es in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ eine Karikatur des Kronprinzen mit einem Hakenkreuzmantel.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu den monarchistischen Kräften, die bekanntlich zu den Hauptschuldigen für den Ausbruch des I.Weltkrieges gehörten, war in der Tat sehr widersprüchlich. Einerseits scheiterten alle Versuche der SPD, das durch die Novemberrevolution beschlagnahmte Vermögen des Kaisers und der Fürsten tatsächlich zu enteignen. Der durchgeführte Volksentscheid im Juni 1926 erbrachte nicht die notwendige Stimmenzahl. Andererseits überwies die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung allein bis 1921 76 Millionen Reichsmark an die Hausbanken der Hohenzollern. Die heutigen Auseinandersetzungen um das Vermögen der Hohenzollern haben also ihre Wurzeln in dieser Zeit.

Historische Fakten sind das eine, welche Schlüsse man daraus zieht das andere. Auch wenn sich die Forschung bisher wenig mit dem Verhältnis zwischen den Nationalsozialisten und den monarchistischen Kräften beschäftigt hat, sollte man unbedingt die Rolle der Hohenzollern als einer der Steigbügelhalter der NS-Herrschaft herausstellen. Auch wenn das heutige Potsdam keinesfalls mit dem monarchistisch geprägten Militärstandort von einst verglichen werden kann, darf mit dem Wiederaufbau der Garnisonskirche bzw. ihres Turmes keinesfalls ein Gedenkort für die ewig Gestrigen entstehen. Geschichtliche Ereignisse wie den Tag von Potsdam kann man nicht wie zu DDR-Zeiten durch die Sprengung eines Gebäudes bewältigen, aber auch nicht mit einer baulichen Hülle ohne kritischen inhaltlichen Bezug zum historischen Erbe dieses Ereignisses.

Dr. Hans-Joachim Koch

Das „Erbgesundheitsgericht“ in Potsdam

Die VVN-BdA Potsdam fordert einen eigenen Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus am Ort der Gedenkstätte Lindenstraße 54 in der Potsdamer Innenstadt.
Zur Geschichte: 1737 errichtete Friedrich Wilhelm I. das Gebäude als Stadtpalais für den Kommandeur der Leibgarde, ab 1820 wurde es als Stadtgericht und Gefängnis genutzt. 1934 richteten die Nationalsozialisten hier ein Erbgesundheitsgericht ein.
Am 10. März 1934 fand die erste Sitzung und Verurteilung statt. Für das Nazi-Regime war der Umbau der Gesellschaft nach erbbiologisch-rassistischen Ordnungsideen ein Schwerpunkt seiner menschenverachtenden Politik. Auf der Grundlage des im Juli 1933 von den Nazis erlassenen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ entschieden die eigens eingerichteten Erbgesundheitsgerichte darüber, ob eine Person zwangsweise unfruchtbar zu machen sei, weil sie angeblich oder tatsächlich etwa an „angeborenem Schwachsinn“, Schizophrenie, Epilepsie oder schweren körperlichen Missbildungen litt. Von 1934 bis 1945 wurde etwa eine Million Menschen im Reich wegen einer angeblichen Erbkrankheit angezeigt. Zwischen 350.000 und 400.000 Männer, Frauen und Kinder wurden auf Beschluss der Erbgesundheitsgerichte zwangssterilisiert.
Erst 1998 wurden die Zwangssterilisationsbeschlüsse der Erbgesundheitsgerichte durch Gesetz aufgehoben und erst 2007 erklärte der Bundestag das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zu einem NS-Unrechtsgesetz erklärt. Bis heute erfolgt eine Entschädigung nur in Härtefällen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe März 2023

SPEKULIERENDE BEHÖRDE AUSBREMSEN!



1,7 Millionen Euro für 30.000m² Sportflächen – 57 €/m². Ein stolzer Preis für einen Sportplatz würden sie sagen? Trotzdem war die Stadt Potsdam bereit, diesen Preis zu bezahlen, um den Sportplatz des ESV Lok Potsdam, zwischen Berliner Straße und Havelufer, kurz vor der Glienicker Brücke vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) zu übernehmen und so dauerhaft für die sportliche Nutzung zu sichern. Entsprechende Gespräche hatten stattgefunden, die notwendigen Mittel für den Ankauf sind im Haushalt reserviert. Ende Januar allerdings präsentierte die Behörde einen neuen Preis: 5,6 Mio (190,-/m²) sollte die Fläche nun wert sein. Das zugrundeliegende Verkehrswertgutachten hält die Behörde (Bund) vor der Behörde (Stadt) allerdings geheim. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Und dieser neue Verkehrswert soll überdies nur der Einstandspreis in einem Höchstgebotsverfahren sein, bei dem die Stadt am Ende ein „großzügiges“ Vorkaufsrecht zum erzielten Höchstpreis erhält. So könnten aus 5,6 auch ganz schnell 7, 8 oder 10 Mio werden. Für einen Sportplatz. Dass eine Bundesbehörde sich damit aktiv an der Spekulation mit Grund und Boden beteilige und damit die Preise treibe, sei ein Skandal, empörte sich der Fraktionsvorsitzende von Sozial. DIE LINKE., Stefan Wollenberg, in der Stadtverordnetenversammlung. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorgangs hatte er den Bundeskanzler aufgefordert, das BEV „an die Leine zu nehmen“ und ein solches Höchstgebotsverfahren zu unterbinden. Auf Initiative der Fraktion „Sozial.DIE LINKE“ forderten die Stadtverordneten nunmehr in großer Einmütigkeit die kostenfreie und zweckgebundene Übertragung der Fläche an die Stadt, oder zumindest den Verkauf zu einem realistischen Verkehrswert, der keine baldige Bebaubarkeit unterstellt. Anlässlich eines Vor-Ort-Termins mit dem rbb-Robur sagte der zuständige Staatssekretär zumindest zu, das neue Verkehrswertgutachten offenzulegen (FOTO). Passiert ist das bis heute nicht. Uns reicht das aber nicht! Das Grundstück gehört in die Hand der Stadt – ohne Wenn und Aber. Dafür werden wir gemeinsam mit dem Verein und der Potsdamer Sportfamilie einstehen.

Mit auf den Weg...



Mit der Vorstellung der Eckdaten zum städtischen Haushalt 2023/24 in der März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist die Diskussion zum Haushalt eröffnet.Die Auswirkungen von Pandemie, explodierender Energiepreise und steigender Inflation treffen auch die Kommunen mit voller Wucht. Gemeinsam mit der strukturellen Unterfinanzierung von Krankenhäusern durch die Länder und den Bund treiben sie auch unser städtisches Klinikum noch mehr in finanzielle Schieflage.

Trotz aller eigenen Sparbemühungen ist das Klinikum deshalb auf einen städtischen Rettungsschirm angewiesen. Diesen gibt es seit 2021, eingerichtet, vor allem um die von den Stadtverordneten beschlossene Rückkehr in den TVöD zu finanzieren. Allein von Mitte 2020 bis Ende 2022 brauchte es dafür 31 Mio €. Im Oktober 2022 musste ein Kassenkredit in Höhe von bis zu 50 Mio € zur Sicherung der Liquidität des Krankenhauses gewährt werden.Für 2023 - 25 steigt dieser Betrag noch einmal um 38 Mio €, allein für 2023 bedeutet das eine Verdoppelung von 6,5 Mio € auf 12,35 Mio €.

Genug der Zahlen! Es ist nicht länger zu vermitteln, dass die Stadt mit ihren ohnehin knappen finanziellen Ressourcen weiter für die eklatanten Versäumnisse in der Gesundheitspolitik vor allem des Bundes einstehen muss. Als Schwerpunktversorger ist das EvB für gut 800.000 Menschen weit über Potsdam hinaus zuständig.

Wir fordern deshalb endlich eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung. Bund, Länder und Kostenträger müssen Personal und Investitionen auskömmlich und verlässlich finanzieren. Weil Krankenhäuser keine Wirtschaftsunternehmen sind, sondern Sicherheit für uns alle bedeuten! Die Kolleg:innen, die dafür täglich ihr Bestes geben, haben eine anständige Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen verdient!

Die Initiativen der Stadt zur Sicherung der finanziellen Stabilität unseres Krankenhauses finden unsere Unterstützung. Gleichzeitig erwarten wir vom Oberbürgermeister, dass er sich weiter für eine wirkliche Reform der Krankenhausfinanzierung stark macht.

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Konsequent in den Verhandlungen



Und schon ist es wieder so weit! Der Doppelhaushalt 2023/24 ist vom Kämmerer Exner in die SVV eingebracht und in die Ausschüsse überwiesen worden. Damit hat das Gezerre an der viel zu kleinen Schatztruhe der Landeshauptstadt begonnen. Allerdings sind der Spielraum für zusätzliche finanzintensive Projekte und selbst die erforderlichen Anpassungen der bestehenden Förderungen, der durch die Corona- und Energiekrise gestiegenen Kosten, nicht allzu groß. Die Stadt muss tief in ihre Rücklagen greifen und trotzdem noch einen großen Berg Schulden anhäufen. Keiner, auch nicht der Kämmerer, weiß, welche exakten Ausgaben durch die gestiegenen Energiekosten oder auch die noch nicht beendeten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf die Verwaltung und die kommunalen Unternehmen zukommen. Diese Unwägbarkeiten in der Haushaltsplanung werden wahrscheinlich wesentliche Nachjustierungen zur Folge haben. Jetzt heißt es also energisch und konsequent in die Haushaltsverhandlungen zu gehen und soziale Institutionen und Projekte durch unsere Fraktion - für die nächsten 2 Jahre und darüber hinaus - überlebens- und handlungsfähig zu halten. Ein Hoffnungsschimmer ist der „Brandenburgplan“ des Landes Brandenburg, zur Entlastung der Kommunen. Auch die Bundesebene wird die Unterstützung für die Kommunen vorantreiben müssen. Damit werden hoffentlich neue Handlungsoptionen möglich, die nicht nur den Bestand an freiwilligen Leistungen sichern, sondern auch Kultur, Soziales sowie den ÖPNV ausbaufähig machen.

Michel Berlin

Fragen und Antworten

Erschließung zusätzlicher Finanzen

In Zeiten angespannter kommunaler Haushalte bei wachsenden Herausforderungen sind Förderprogramme und finanzielle Hilfen von EU, Bund, Land und weiteren Akteuren eine wichtige Stütze zu Realisierung von städtischen Projekten. Stets alle Optionen und Möglichkeiten im Blick zu haben und für konkrete Projekte jeweils zu prüfen, stellt die Verwaltung vor besondere Herausforderungen. Auch scheint die Notwendigkeit der juristischen Beratung bei schwierigen zuwendungsrechtlichen Fragen, insbesondere zum Europäischen Beihilferecht, zu bestehen. Welche Möglichkeiten werden gesehen, um das Potenzial zur Aquise von Drittmitteln (EU, Bund und Land) sowie zur Vorbereitung und Umsetzung von Fördermittelprojekten in allen Fachbereichen, weiter zu erhöhen, fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer. Auch der Potsdamer Kämmerer ist Fan sinnvoller Fördermittel, um mehr Geld zu generieren. Es sei Aufgabe der Fachbereiche im Rathaus, ständig solche Förderungen zu betrachten und zu akquirieren. Erst im Herbst 2021 habe man sich intensiv diesem Thema gewidmet und festgestellt, dass insgesamt ein „übergreifender Blick auf die Thematik besteht. Dabei müsse man aber die „Förderungsfalle“ beachten, denn jede finanzielle Unterstützung sei mit Eigenmitteln verbunden, die aufgebracht werden müssten. „Man darf dann nichts kriegen, was man nicht wirklich braucht“, so Exner. Er sprach sich zudem gegen eine zentrale Stelle aus, die sich um das Monitoring aller Fördermitteln kümmert. Schade eigentlich.

Gedenkstein für Willi Wolf

Ein Bürger aus Neu Fahrland berichtet: „Der Gedenkstein für den Gewerkschafter Willi Wolf in der Tschudistaße, einsam und verlassend stehend, ist eigentlich der Grabstein vom Fährmann Matthias Müller. Dieser sowie die Grabanlage wurde vor über 40 Jahren von der SED im ehemaligen Gutspark zerstört. Mit einem neuen Namen ist er dann 200m weiter wieder aufgestellt worden. Man sollte den Stein mit dem ursprünglichen Namen versehen und an der ehemaligen Stelle wieder aufstellen.“

Daher fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer die Verwaltung, wie die Stadt mit dem Gedenkstein umgehen wird?

Der Oberbürgermeister erklärte, dass „eine inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden soll, die zu einer Form von Kontextualisierung, beispielsweise mittels einer Plakette am Ort führen kann“. Dabei sollen sowohl der eigentliche Name auf dem Grabstein als auch der nun dort befindliche thematisiert werden. Es bleibt interessant.

Überwiesen

Nächster Stopp Elternhaltestelle



Elterliche Hol- und Bringdienste mit dem Auto tragen seit Jahren zu einem erheblichen Teil zur morgendlichen Verkehrsbelastung im Umfeld der Schulen bei. Nicht zuletzt belasten sie auch die Umwelt und gefährden die Kinder, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder anderen Fahrzeugen zur Schule kommen. Trotz Präsenz des Ordnungsamtes, um Eltern und Kinder auf die durch die parkenden und verkehrswidrig haltenden Autos verursachten Gefahren hinzuweisen, nimmt die Zahl der haltenden Autos vor Schule zu.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, Elternhaltestellen einzurichten, an denen Eltern ihre Kinder gefahrlos aus- und einsteigen lassen können und von wo aus die Kinder in einer fußläufigen Entfernung von 2-3 Minuten die Schule erreichen können. Bereits in zahlreichen Städten wurden positive Erfahrungen mit der Errichtung von Elternhaltestellen gemacht. Auch der ADAC befürwortet die Einrichtung und stellt einen Leitfaden zu den wichtigsten Punkten zur Verfügung.

Daher haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Schulwegsicherungskonzept zu prüfen, an welchen Potsdamer Grundschulen sogenannte Elternhaltestellen eingerichtet werden können. Es sind über das Stadtgebiet verteilt mehrere Elternhaltestellen einzurichten und nach einem Zeitraum von einem Jahr einen Bericht über die gewonnenen Erfahrungen vorzulegen. Nach Vorlage des Erfahrungsberichtes ist zu entscheiden, ob Elternhaltestellen dauerhaft an allen dafür geeigneten Standorten einzurichten sind.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. Wir bleiben dran, so der Stadtverordnete Sascha Krämer.

Schulen: Flächen-Roulette beenden – Planungssicherheit schaffen



Potsdam ist eine wachsende Stadt und insbesondere für Familien attraktiv. Unsere Schullandschaft hält bei diesem Wachstum kaum mit. Immer wieder lernen ganze Generationen von Schüler*innen in Modulanlagen und Provisorien, bis der eigentliche Schulstandort fertig ist. Um nicht immer wieder neue Flächen dafür suchen zu müssen, hat die SVV am 01.03. auf Initiative von Sozial. DIE LINKE. beschlossen, den „Schulstandort `Esplanade 5` als Übergangs- und Ausweichstandort zu erhalten“. Damit haben wir erstmals dauerhaft einen Modulstandort gesichert, um die weiter notwendigen Vorgründungen von Schulen der nächsten Jahre ebenso wie dringend notwendige Sanierungen von Schulen zu ermöglichen. Diese finanzen- und ressourcensparende sichere Lösung schafft Planungssicherheit. Die auf der Fläche vorgesehene Wohnbebauung wird zugunsten der Schulplatzversorgung zurückgestellt. Ein absoluter Gewinn für Potsdams Kinder und Familien und ein Gewinn für vorausschauende soziale Stadtentwicklung.

Denn wie es besser nicht laufen sollte, zeigt ein ebenfalls von Sozial.DIE LINKE. in dieser Sitzung eingebrachter und beschlossener Dringlichkeitsantrag zur Sicherung der Rahmenbedingungen für den Sportunterricht der Grundschule am Telegrafenberg und des Humboldt-Gymnasiums. Die seit 2021 in Modulen aufwachsende Grundschule weiterhin auf den Baubeginn für ihr dauerhaftes Gebäude warten. Die für die Sporthalle vorgesehene Fläche gehört der Stadt bis heute nicht. Grundschule und Gymnasium teilen sich die völlig überlastete Halle an der Heinrich-Mann-Allee. Schon heute findet Sportunterricht teilweise im Klassenraum oder mit 3 Klassen gleichzeitig in der kleinen Zweifeldhalle statt. Mit unserem Beschluss hat die Verwaltung nun bis Ende 2024 eine Sporthalle auf städtischen Flächen in unmittelbarer Umgebung herzustellen. Bis dahin müssen zudem Übergangslösungen im Einvernehmen mit den betroffenen Schulen erarbeitet werden, die den Sportunterricht unter bestmöglichen Bedingungen absichern, z. B. über alternative Angebote und Kooperationen. Die Fläche für die Sporthalle soll der SVV im Mai vorgestellt werden – wir bleiben dran und werden berichten.

Tina Lange

Beschlossen

Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen

Die aktuellen Teuerungen betreffen alle Lebensbereiche und in diesen schwierigen Zeiten ist es für viele Eltern kaum möglich, ihren Kindern auch noch kostspielige Nachhilfe zu finanzieren. Daher wäre es im Sinne der städtischen Bildungsgerechtigkeit, den Schüler:innen kostenlose Unterstützung zu geben. Ziel ist es, dass alle Kinder bestmöglich auf ihrem Bildungsweg begleitet werden und der Schulerfolg nicht von Inflation und Krise beeinflusst wird. Mit den Lernhilfeangeboten der VHS wollen wir Kindern nicht nur einen positiven Schulerfolg, sondern auch einen ebensolchen Zugang zum Lernen ermöglichen. Mit verschiedenen Formaten soll auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder eingegangen und eine angstfreie Lernatmosphäre geschafft werden.

Darum habe wir die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwiefern die Volkshochschule Potsdam kostenlose Unterstützungsangeboten in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch den Schüler:innen Potsdamer Schulen zum Schuljahr 2023/2024 – auch dezentral – anbieten kann. Darüber hinaus sollen Orte geschaffen werden, an denen Kinder niederschwellige Unterstützung bei allen Fragestellungen rund um Unterricht und Schule erfahren sollen. Dabei sind die Erfahrungen der „Wiener Lernförderung - 2.0“ sowie Möglichkeiten von Förderprogrammen mit in die Prüfung einzubeziehen.

Schülertickets kostenlos auch für Potsdam

Mitte 2019 wurde in Berlin das kostenlose Schülerticket eingeführt. Dies bedeutet, dass seitdem SchülerInnen bis zum 16. Lebensjahr eine finanziell unabhängige Mobilität erleben, die in dieser prägenden Lebensphase die Benutzung des ÖPNV priorisiert und normalisiert. Die Zahl der NutzerInnen der Monatskarte hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Zeitgleich sind die benachbarten Gemeinden und Landkreise des VBB diesen Weg nicht mitgegangen. In Potsdam wurden zahlreiche Anträge in diese Richtung, ob Azubi-Ticket, Ehrenamtsticket sowie das kostenlose Schülerticket beantragt und sofort in die neu gegründete AG Bürgerticket verschoben und dort bis heute versandet. Es ist schwer zu verstehen, warum sich Kinder und Jugendliche in Berlin vom Geldbeutel unbekümmert bewegen können, während auf der anderen Seite der Havel die Familienkasse mit bisher 263,10€ pro Schüler und Jahr, ab 01.April 2023 sogar mit 277,20€ belastet wird. Gerade in Zeiten von Krisen und Inflation müssen wir den Familien helfend die Hand reichen.Der Schulweg darf nicht zur signifikanten Belastung der privaten Haushalte werden. Und zur sozialen Teilhabe (Schulen, Freunde, Sportvereine, Musikschule etc.) braucht es einen Zugang ohne monetäre Schranken.Wir, die Fraktion Sozial.Die Linke, wollen weg vom Elterntaxi, hin zur Integration, Etablierung und Vorrangigkeit des ÖPNV in der zukünftigen Mobilität unserer Landeshauptstadt.

Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz

DIE LINKE drängt seit Jahren darauf hin, dass an vielen Standorten stadtweit Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Einige wurden bereits aufgestellt, aber viel zu wenige für den Bedarf. Kommunen sollen künftig Trinkwasserbrunnen beispielsweise in Parks, Fußgängerzonen und in Einkaufspassagen aufstellen, sofern dies technisch machbar ist und dem lokalen Bedarf entspricht. Zeitgleich ist es erforderlich, dass diese Brunnenörtlichkeiten geeignet sind, um sich auszuruhen und zu akklimatisieren. Um dies Situation in der Stadt zu verbessern, haben wir die Verwaltung beauftragt, den jüngsten Gesetzesbeschluss der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie, dass künftig Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss, zügig umzusetzen und die Aufenthaltsqualität an diesen Standorten durch Hitze- und Sonnenschutz sowie Sitzgelegenheiten zu erhöhen. Vor Umsetzung des Auftrages, ist dem KUM-Ausschuss Bericht über die Standorte zu erstatten und sie sind zu veröffentlichen.



„Rathausreport LIVE“ ist wieder am Ball

Drei Jahre hatte die beliebte Talkrunde der LINKEN Stadtverordnetenfraktion zwangsbedingt wegen Corona Pause. Seit dem 1. März 2023 sind im Land Brandenburg alle diesbezüglichen Regelungen Geschichte und das traditionelle Treffen zwischen Bürger:innen und den LINKEN Stadtverordneten plus ggfls. weiteren Prominenten aus der Stadt kann wieder laufen. So das erste Mal wieder am Sonntag, 5. März 2023, im „rotbloq“ in der Zeppelinstraße 7.

Die Stadtverordneten Isabelle Vandre und Dr. Anja Günther von Sozial.DIE LINKE.Potsdam hatten eingeladen. Sechs Bürger:innen waren der Einladung gefolgt. Es ging – wie in allen früheren „Live“-Runden um die aktuell zurückliegende Stadtverordnetenversammlung vom 1. März 2023. Und dann ganz konkret um den Zustand des Kinos „Charlott“, den Abriss des Staudenhofs sowie die autofreie Innenstadt.

Zu Beginn informierte Isabelle Vandre zu einigen Themen aus der vergangenen SVV. So zur Situation um die Sporthalle Heinrich-Mann-Allee, über den abgewendeten Eintritt zu den Parks von Sanssouci etc. (siehe auch Innenseiten der Beilage).

Gerade zum Thema autofreie Innenstadt war extra eine Anwohnerin aus der Potsdamer Charlottenstraße erschienen, um hier ihrem Unmut über die städtische Planung Ausdruck zu verleihen. „Wir Anwohner der Charlottenstraße waren niemals von der Stadtverwaltung informiert worden, was die Stadt in unserer Straße beabsichtigt“, beschwerte sich die junge Frau. Und sie kritisierte, dass das vorliegende Konzept dringend überarbeitet werden müsse. „Kommen die Radwege so wie geplant, dann wird uns und dem Handel und Wandel in der Straße quasi die Luft abgedrückt!“, betonte die Bürgerin. Dr Anja Günther ist als Stadtverordnete im zuständigen Ausschuss tätig und quasi Expertin in der Sache. Und sie gab der Bürgerin recht. „Allein schon deshalb muss das diesbezügliche Konzept noch einmal im zuständigen Bauausschuss beraten werden“, betonte sie. Und weiter regte sie an, dass die Anwohnerin eine Anwohnerversammlung zur anstehenden Problematik organisieren solle. „“Wir unterstützen sie dabei“, sagte Dr. Günther und Isabelle Vandre sowie Dr. Anja Günther gaben der jungen Frau ihre Kontaktdaten mit auf dem Weg.

Zum Thema Kino „Charlott“ konnten beide Stadtverordnete nur feststellen, dass sich seit Jahren nichts geändert habe. Ein Privatinvestor versucht seit Jahr und Tag, von der Stadt eine Baugenehmigung für die Errichtung eines Bio-Supermarktes zu erhalten. Leider bis dato vergeblich aus verschiedenen Gründen. „Teile des ‚Charlott’ stehen sogar unter Denkmalschutz“, unterstrichen die Stadtverordneten. Da müssen zumindest so genannte Sicherungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Unter mangelnden Informationen leidet auch das Projekt „Staudenhof“. Die Initiative „Rettet den Staudenhof“ habe vor allem kritisiert, dass der Stadtverwaltung hier „unlauteres Vorgehen“ vorzuwerfen sei. Es dringen zur Kostenfrage des Abrisses und Neubaus keine Informationen vor. Dr. Günther vermutet sogar wirtschaftlichen Schaden für die PRO-Potsdam, denn der vorgesehene Neubau sei finanziell unkalkulierbar. In der kommenden SVV Anfang Mai 2023 will deshalb Sozial.DIE LINKE das ganze Thema noch einmal einbringen.

Abschließend gaben beide Abgeordnete noch auf den Weg, über das Format „Rathausreport live“ und seine weitere Machbarkeit nachzudenken und darüber, in welcher Form zukünftig solche direkten Talkrunden stattfinden sollten.

Bernd Martin

Termin für telefonische Bürgersprechstunde März - April

Dr. Sigrid Müller Fraktionsvorsitzende

Mittwoch, 22. März 2023; 16 bis 18 Uhr

Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender

16.03.23: 15.00 – 17.00 Uhr; 04.04.23: 16.00 – 18.00 Uhr; 25.04.23: 16.00 – 18.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer Fraktionsgeschäftsführer, ist Mo - Fr: 10 -15 Uhr erreichbar. Stadthaus, R. 3.107, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3: 13.3. 20.3.; 27.3.; 17.4. sowie 24.4. jeweils 18 Uhr

Nächste SVV:

Mittwoch, 03. Mai 2023 ab 15 Uhr IHK Potsdam in der Breitenstraße

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Ziel: ein wettbewerbsfähiges Einkommen

Im öffentlichen Dienst laufen derzeit Warnstreiks. Es geht unter anderem um mehr Gehalt für die Beschäftigten. Wir sprachen mit Janina Michalke, Krankenschwester, stellvertretende Bezirksvorsitzende des ver.di-Bezirksvorstands Potsdam-Nordwestbrandenburg und Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN über die Forderungen der Beschäftigten und die anstehenden Auseinandersetzungen.

PAS: Die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst betrifft in Potsdam zum Beispiel die Angestellten in der Stadtverwaltung oder auch im städtischen Klinikum. Was fordert ihr für die Beschäftigten?

JM: Wir fordern 10,5 % mehr Lohn, mindestens aber 500 € im Monat mehr. Das ist die berechtigte Forderung bei der Inflationsrate zwischen 8 und 12 %. Wir wollen für unsere Nachwuchskräfte 200 € mehr im Monat erreichen und für unsere Azubis unbefristete Übernahme sichern.

PAS: Im Moment laufen ja nicht nur bei euch Warnstreiks. Es gibt auch Auseinandersetzungen bei der Post oder bei den Flughäfen. Ähnlich wie ihr, wollen die auch Lohnerhöhungen, die zumindest die gestiegenen Lebenshaltungskosten in etwa ausgleichen. Die Bildzeitung und andere sprechen in dem Zusammenhang von „Gier“. Hast du dafür Verständnis?

JM: Nein, von Gier kann hier gar keine Rede sein! Nur mit Klatschen machen wir den öffentlichen Dienst auch nicht wieder stark und attraktiv. Überall herrscht hohe Arbeitsbelastung. Personal kann kaum nachbesetzt werden, weil die Bewerber fehlen. Dieser Dauerdruck führt dazu, dass viele Beschäftigte krank werden oder aus ihrem Job vertrieben werden und dem öffentlichen Dienst den Rücken kehren. Wir brauchen insgesamt bessere Arbeitsbedingungen, denn auch für den öffentlichen Dienst gilt wie für jedes Unternehmen, dass das höchste Gut die Mitarbeiter:innen sind. Und zu guten Arbeitsbedingungen zählt auch ein wettbewerbsfähiges Einkommen und kein Reallohnverlust! Doch das ist bei den Arbeitgebern noch nicht angekommen, wie ihr Angebot in der zweiten Verhandlungsrunde gezeigt hat. Die Kolleg:innen sind wütend über die Dreistigkeit des geringen Angebots. Wir werden jetzt erst recht mobilisieren und wünschen uns breite Solidarität für den Kampf, denn es geht um weit mehr als Geld.

PAS: Während der Coronapandemie wurde immer wieder über sogenannte systemrelevante Berufe gesprochen. Jetzt geht es genau um die. Aber die Arbeitgeber zeigen bisher wenig Bereitschaft auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen. Was macht das mit den Kolleg:innen? Wie ist Stimmung?

JM: 751 Unterstützerunterschriften für die Tarifforderungen haben wir innerhalb kürzester Zeit zum Jahreswechsel in unserem Klinikum von unseren Kolleginnen und Kollegen erhalten. Unseren Infokanal Ernst von Bergmann Tarifkampf TVöD verfolgen täglich 116 Interessenten und unsere aktive Gewerkschaftsgruppe ist gewachsen. Das ist schon ziemlich gut. Wir informieren und mobilisieren – kämpfen jedoch gegen das bergmannsche Syndrom an – so nennen wir die toxische Passivität, welche leider stark verbreitet ist in unserem Haus. Die Kolleginnen und Kollegen im städtischen Klinikum Brandenburg an der Havel haben da ganz andere Energie und dort wirken ganz andere Kräfte. Da möchten wir uns noch eine Scheibe abschneiden. Aber insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht einschüchtern lassen.

PAS: Und wie geht es weiter, wenn die Arbeitgeber auf stur schalten?

JM: Dann wird wohl die Kaskade der Streikformen einsetzen. Dafür müssen wir stärker werden, Kampfkraft erreichen und dann auch am Ball bleiben und nicht vergessen: der TVöD-Abschluss ist für alle Arbeitgeber stets Orientierung. Wenn wir also erfolgreich sind, hat das auch Signalwirkung für andere Branchen.

PAS: Danke für das Interview und viel Erfolg!

„Guten Tag, hier ist DIE LINKE...“

Potsdamer Genoss:innen unterstützten Berliner Wahlkampf

Ein kurzes Klingeln. Eine geöffnete Tür. Ein kurzes Lächeln. „Guten Tag, ich bin Iris von der LINKEN“. So oder so ähnlich war es zehntausende Mal in den letzten Wochen in Berlin zu hören. Allein im Wahlkreis von Katalin Gennburg in Treptow-Köpenick klopften Wahlkämpfer:innen an 10.395 Haustüren. Auch einige Genoss:innen aus Potsdam beteiligten sich am Berliner Haustürwahlkampf: Mit Erfolg. Die beiden Direktwahlkreise von Gennburg und von Damiano Valgolio in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg konnten auch mit Potsdamer Unterstützung erneut direkt gewonnen werden. Kreisgeschäftsführer Steffen Lehnert zieht ein positives Fazit: „Wir freuen uns natürlich, dass in beiden Wahlkreisen, in denen wir geholfen haben, DIE LINKE das Direktmandat holen konnte. Interessant war außerdem, was die Menschen in Berlin bewegt. Im Moment sind das vor allem Wohnen, Verkehr und die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise. Und spätestens da sind sich Potsdam und Berlin doch sehr ähnlich.“



Keine Ausnahme - Studentische Beschäftigte endlich absichern

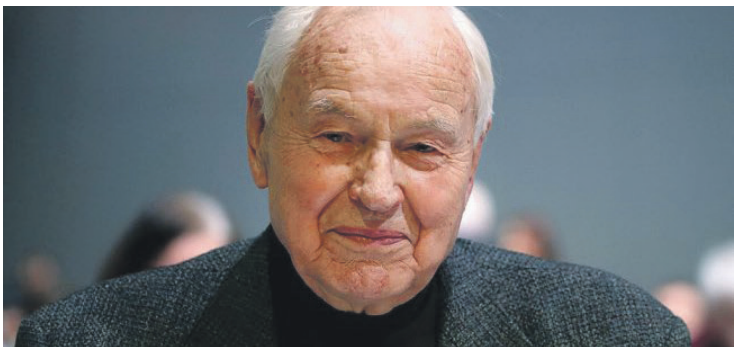


Die 2,5 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes befinden sich aktuell in Tarifauseinandersetzungen. Auch für die studentischen Beschäftigten an den Hochschulen wird es in den kommenden Monaten ernst: Die Initiative TV Stud, sowie die Gewerkschaften konnten die Tarifgemeinschaft der Länder erstmals seit den 1990er Jahren zu Tarifverhandlungen bewegen. Denn seit Jahren machen studentische Beschäftigte auf ihre prekären Arbeitsverhältnisse aufmerksam: Kettenbefristungen, fehlende Mitbestimmungsrechte und geringe Löhne trotz verantwortungsvoller Tätigkeiten, gehören zu ihrem Arbeitsalltag. Wie dramatisch die Arbeitsrealität tatsächlich ist, offenbart eine Mitte Januar veröffentlichte Studie mit dem Titel „Jung, Akademisch, Prekär“. Sie zeigt, dass 16% der 3.000 studentischen Beschäftigten in Lehre und Forschung an den Brandenburger Hochschulen schon einmal ohne Arbeitsvertrag gearbeitet haben und dies im Durchschnitt 3,3 Monate. Besonders beschämend ist, dass studentische Beschäftigte in Brandenburg durchschnittliche Vertragslaufzeiten von 7,8 Monaten haben, allerdings mehr als 20 Monate an Hochschulen beschäftigt sind. Ergo werden sie von Vertrag zu Vertrag gereicht. Das bindet nicht nur unnötig Personal in der Verwaltung, da immer wieder neue Verträge ausgestellt werden müssen, sondern befördert soziale Unsicherheiten bei Studierenden. Schließlich sind 90% der studentischen Beschäftigten auf Grund ihrer finanziellen Situation auf das Geld angewiesen. Einziger Lichtblick im bundesweiten Vergleich ist Berlin, da es hier seit 1981 einen Studentischen Tarifvertrag gibt. Er sichert neben dem Berliner Hochschulgesetz eine faire Bezahlung, rechtliche Standards wie Mindestvertragslaufzeiten und Personalvertretungsrechte. Das fordern Studierende bundesweit und wollen den Druck auf die Tarifgemeinschaft der Länder in den kommenden Monaten erhöhen, um eine Tarifierung studentischer Beschäftigter zu erzielen.

Die Linksfraktion im Brandenburger Landtag unterstützt die Forderungen und fordert dies auch von den Minister:innen, die Brandenburg in der Tarifgemeinschaft vertreten.

Isabelle Vandre (MdL)

Ein Kämpfer bis zum Schluss



Zum Tod von Hans Modrow am 10. Februar 2023 erklärten die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina und Sebastian Walter: „Die Partei DIE LINKE verliert mit Hans Modrow einen klugen und streitbaren Mann. Bis zum Schluss vertrat er seine Auffassungen leidenschaftlich. Viele Menschen aus verschiedenen Generationen werden heute seiner gedenken. So vielfältig sind auch die Erinnerungen. Hans war ehrlich und integer, ohne dabei verbohrt zu sein. Sein Wort zählte. Ohne ihn, als vorletzten Ministerpräsidenten der DDR, wären die Prozesse hin zur Deutschen Einheit nicht so friedlich verlaufen. Aber es ging ihm zu schnell. Viele Vorschläge und Interessen der Ostdeutschen blieben unberücksichtigt. Deshalb rückte Hans sie immer wieder in den Mittelpunkt und war eine starke Stimme. Schon schwer krank meldete er sich vor einem Jahr mit einem Debattenbeitrag zum Zustand der Linkspartei. Dieser Brief an die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN ist für mich zu seinem Vermächtnis geworden. Darin begründete er seine Sorge um die Partei und forderte ‚Alles auf den Prüfstand‘ zu stellen, denn sonst bliebe alles beim Alten. Seine Einschätzungen und seine Streitbarkeit waren für mich, 63 Jahre jünger, sehr oft Anlass, Positionen zu hinterfragen und politische Ziele zu schärfen. Hans, Du warst ein Kämpfer bis zum Schluss. Dafür unser Dank.“



FOTO © MARIUS BECKER/DPA

Fridays for Future Potsdam zum Klimaprotest

Fridays for Future Potsdam beteiligte sich am 3. März mit einer Demonstration am weltweit stattfindenden zwölften globalen Klimastreik unter dem Motto #TomorrowIsTooLate. Die Aktivisten haben dazu am Luisenplatz eine konsequente und sozialgerechte Klimapolitik eingefordert.

Fridays for Future fordert die Bundesregierung zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens auf, insbesondere im Verkehrssektor sei eine schnelle Wende hin zu emissionsarmer und kostengünstiger Mobilität für alle Menschen dringend notwendig. „Wir gehen auf die Straße, damit die Verkehrswende endlich ins Rollen kommt und alle Menschen einfach, klimafreundlich und kostengünstig von A nach B gelangen können” sagte Eva Städele von Fridays for Future Potsdam.

In diesem Zusammenhang forderte Fridays for Future von der Politik in Potsdam zuletzt umfassende Investitionen in die Straßenbahn sowie einen sozialverträglichen Preis für das VBB-Netz. Auf der Liste stehen zudem eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb des gesamten Stadtgebiets und eine bessere und sichere Fahrradinfrastruktur. Auch die Energiewende müsse in Deutschland deutlich beschleunigt werden, da die Auswirkungen der Klimakrise schon heute besonders in vielen Staaten, die historisch wenig zu den Treibhausgasemissionen beigetragen haben, spürbar sei. Insbesondere müsse auch in Brandenburg ein Kohleausstieg spätestens 2030 stattfinden.



MODELL VON ARCHITEKTURSTUDIERENDEN FÜR DIE RETTUNG UND UMGESTALTUNG DES POTSDAMER STAUDENHOFS. DIE ANGEDACHTEN LAUBENGÄNGE BEFINDEN SICH AUF DER RÜCKSEITE.

Sanierung und Modernisierung schonen die Umwelt

Begrünte autofreie Straßen, auf denen Hühner die Krümel wegpicken und damit der Straßenreinigung die Arbeit erleichtern – so etwas in die Richtung schwebt ihnen vor. Häuser mit Solaranlagen auf den Dächern, energiesparend ohne Fenster auf der Nordseite, aber großen Glasfronten an der sonnigen Südseite. Die Ideen entwickelten seit Herbst Studierende des Natural Building Labs, also des Naturbaulabors, der Technischen Universität Berlin. Sie schauten sich dazu in der Potsdamer Innenstadt um, insbesondere auf dem Hof des alten Militärwaisenhauses und an der Plantage hinter dem ehemaligen Rechenzentrum. Ihre Wege führten auch bis hin zum Wohnkomplex am Staudenhof, der dem Abriss geweiht ist, aber vielleicht doch noch eine zweite Chance bekommt. Die Arbeiten waren im Erdgeschoss des Rechenzentrums ausgestellt.

Die ausgestellten Entwürfe stützten sich auf Materialien wie Holz und Lehm und wollen Bauschutt möglichst vermeiden. Abriss und Neubau sind eine unglaubliche Verschwendung knapper Ressourcen und Energie.

Trotzdem droht der in Potsdam vor 50 Jahren errichtete Plattenbau am Staudenhof einfach zu verschwinden. 2024 soll er abgerissen werden und bis 2029 an seiner Stelle der neobarock anmutende Block V als Neubau entstehen. So hat es die Stadtverordnetenversammlung 2021 beschlossen und so wird es kommen, wenn eine von Architekten, Kunsthistorikern und oppositionellen Kommunalpolitikern ins Leben gerufene Initiative „Retten wir den Staudenhof“ das nicht doch noch verhindern kann. Sanierung und Modernisierung schonen die Umwelt und wären hier der bessere Weg.

Was möglich wäre, demonstrierten die Studierenden.

Aus: nd/Fritsche (gekürzt)

Es ist Zeit zur Geschlossenheit der LINKEN...



GEDENKEN AM ERNST-THÄLMANN-GEDENKSTEIN IN ZIEGENHALS

Das lehrt uns auch der 2010 eingeweihte Gedenkstein in Ziegenhals, unweit von Königs Wusterhausen. Er erinnert an eine antifaschistische Gedenkstätte der DDR und an die letzte Tagung des ZK der KPD nach der Machtergreifung des Hitlerfaschismus. Am 7. Februar 1933 fand eine illegale Sitzung im Sporthaus Ziegenhals, unter Leitung von Ernst Thälmann statt. Der Kernsatz der Aufschrift des Gedenksteines lautet: Beginn des organisierten Widerstandes gegen die Herrschaft des Faschismus.

Nun leben wir 90 Jahre später und die Gefahr von rechter Gewalt und die zunehmende Stärke einer rechten Partei, wie der AfD, ist Realität. Grundlegende soziale Verbesserungen in der Gesellschaft lassen sich eben nur durch eine progressive Mehrheit in der Bevölkerung und eine einheitliche politische linke Kraft realisieren. Sie verhindert, dass sich eine solche Geschichte wiederholt. Diese Haltung stand auch hinter der Idee zur Errichtung dieses Gedenksteines.

Man kann Geschichte nicht auslöschen. Jung und auch Alt müssen aus ihrem Leben Lehren ziehen um Veränderungen zu erreichen. Die Inschrift des Steins soll Anstoß zum Nachdenken sein. Dafür ist eine lebendige Basisarbeit notwendig. Als Mitglieder der Europäischen Linkspartei haben wir an diesem Gedenktag, so wie in jedem Jahr, ein Blumengebinde niedergelegt, auch im Namen unserer Genoss*innen in den befreundeten Parteien.

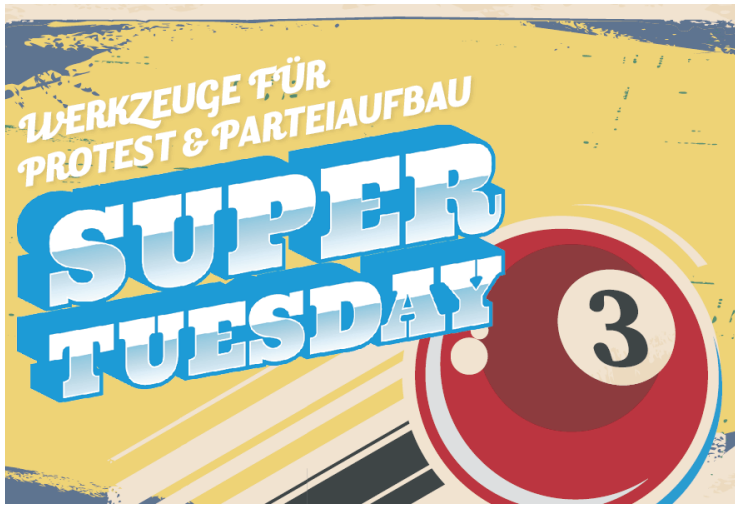
Hans-Peter Schömmel
LAG Netzwerk EL LAG KPF

Neues vom Rechenzentrum und Lernort Garnisonkirche Potsdam

Die Nutzer des Kunst- und Kreativhauses Rechenzentrum (RZ) haben am 20. Februar 2023 in einer Vollversammlung die neuen Vorgaben des Kuratoriums der Stiftung Garnisonkirche diskutiert. “Aufgrund der von der Stiftung Garnisonkirche gestellten Bedingungen hat sich die Rechenzentrums-Vollversammlung gegen eine Beteiligung an der Machbarkeitsstudie zum „Forum an der Plantage” entschieden”, teilen diese in einer Pressemitteilung mit und begründen: „Eine Mitwirkung ist aus RZ-Sicht nicht mehr sinnvoll, da von den ursprünglichen Voraussetzungen für den gemeinsamen Prozess nur noch wenig übrig ist. Es ist vor allem keine Ergebnisoffenheit mehr erkennbar“. “Warum sollte Potsdam dafür viel Geld ausgeben, wenn die Stiftung Garnisonkirche im Vorfeld schon so viele einschränkende Bedingungen festschreibt?”, fragt sich die RZ-Nutzerschaft und hält abschließend fest: “Wir glauben weiterhin daran, dass ein Nebeneinander von RZ und Turm ein adäquates Abbild der Vielschichtigkeit des Ortes, seiner Geschichte, der heutigen Stadtgesellschaft in einem zukunftsfähigen Potsdam ist”. Das Team Lernort Garnisonkirche informiert: “Trotz der seit drei Jahrzehnten intensiv geführten Debatte um das Für und Wider des Wiederaufbaus der Garnisonskirche Potsdam und der 50 Millionen Euro teuren Errichtung ihres Kirchturms herrscht ein bemerkenswertes Unwissen zu weiten Teilen ihrer Geschichte. Als „nationales Tafelsilber“ verklärt, werden Teile Ihrer Geschichte beschönigt, andere Teile verschwiegen”, beschreibt das Team und kündigt neue Publikationen und Veranstaltungen rund um das Gemäuer an. Zum 90 Jahrestag des Tags von Potsdam führt der Lernort zudem die Veranstaltung „Eine Stunde Missbrauch? Widerreden gegen Mythen zum Tag von Potsdam“ - Tag von Potsdam als der symbolischen Geburtsstunde des „Dritten Reichs“ - am 24. März in Potsdam durch. Diese findet von 18 bis 20 Uhr im Veranstaltungssaal in der Stadt- und Landesbibliothek statt.

Der Super Tuesday ist zurück!

Seit Mitte Februar bis April 2023 gibt es wieder jeden Dienstag tolle Online-Workshops zu allem, was das linke Herz begehrt. Nimm teil an einem bunten Mix aus inhaltlichen Veranstaltungen sowie Workshops für die politische Basisarbeit!



Mit welchen inhaltlichen Vorschlägen greifen wir die Konflikte unserer Zeit auf? Wie positionieren wir unsere Partei als Stimme für soziale Gerechtigkeit? Wie entsteht die Inflation und was können wir dagegen tun? Was sind unsere Konzepte, um den Klimawandel zu bekämpfen und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen für alle zu schaffen? Und wie setzen wir diese großen Vorhaben bei uns vor Ort um? Wie können wir unsere Mitglieder stärken und in unseren Kreisverbänden Aktionen planen, die konkret zu Verbesserungen im Leben der arbeitenden Klasse führen? Das und noch viel, viel mehr erwartet dich in den Wochen bis zum 18. April 2023 beim Super Tuesday 2023. Halte dir also den Dienstagabend frei und melde dich schnell an!

Alle Termine im Überblick findet man auf der Homepage die-linke.de/politische-bildung/bildungsveranstaltungen

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Antifaschistischer Widerstand

„DER WIDERSTAND GEGEN DIE FASCHISTISCHE DIKTATUR IM FRÜHJAHR 1933 – AM BEISPIEL VON HENNIGSDORF UND NOWAWES“ – ein Vortrag und Diskussion mit Dr. Günter Wehner (Historiker), Dr. Uwe Klett (Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes) und Christian Raschke (VVN-BdA Potsdam); Moderation: Cathleen Bürgelt (RLS Brandenburg). Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes und VVN-BdA Potsdam,

Am SONNTAG, 19. MÄRZ 2023, 17 UHR - ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BRANDENBURG E.V., DORTUSTR. 53, 14467 POTSDAM. Um Anmeldung wird gebeten.

Brandenburgische Frauenwochen 2023

Die Kernzeit der Brandenburgischen Frauenwochen im Jahr 2023 beläuft sich auf den Monat März. Alle Veranstaltungen im Rahmen der 33. Brandenburgischen Frauenwochen werden in einem landesweiten Online-Veranstaltungskalender gesammelt. Mehr zum Programm der 33. Brandenburgischen Frauenwoche gibt es unter www.frauenpolitischer-rat.de.

Neu: Die Freundschaftskarte

Denjenigen, die regelmäßig Ausstellungen oder Kinovorstellungen im Filmmuseum Potsdam besuchen oder dies künftig tun möchten, empfehlen wir die neue Freundschaftskarte. Für 20,- Euro im Jahr gewährt die Freundschaftskarte ermäßigten Eintritt in alle Kinoveranstaltungen und Ausstellungen – und ab sofort auch freien Zugang zu Kino2online, dem VoD-Angebot des Filmmuseums. Die Freundschaftskarte ist an der Museumskasse und online unter www.filmmuseum-potsdam.de erhältlich.

Patientenservice 116117 – „eine Rufnummer, die alle Brandenburger kennen sollten“

Über 245.000 Anrufe gingen im Land Brandenburg im vergangenen Jahr beim Patientenservice unter der bundesweit gültigen Rufnummer 116117 ein. Die durchschnittliche Wartezeit bis ein Anruf angenommen wurde, lag bei unter drei Minuten. Die 116117 ist eine Rufnummer, die alle Brandenburgerinnen und Brandenburger kennen sollten. Sie ist die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes und zur Terminvermittlung bei akuten Beschwerden oder einer dringlichen Überweisung zu einem Facharzt. Damit ist sie vor allem für die Patienten da, wenn der eigene behandelnde Arzt nicht erreichbar ist, also abends, am Wochenende oder an Feiertagen.

Die 116117 ist sieben Tage die Woche rund um die Uhr erreichbar.

++Termine ++ Termine++

14. März, 18 Uhr
Landtag - Foyer vor dem Plenarsaal Frauentagsempfang der Linksfraktion

15.März, 19 Uhr
Stadtteilkneipe Nowawes
Roter Stammtisch

16. März, 18 Uhr
rotbloq, Zeppelinstr. 7

Wie streikt ein Krankenhaus? Podium mit u Gast: Anja Voigt und Silvia Habekost (Vivantes-Krankenhausbewegung) sowie Janina Michalke (Beschäftigte im Klinikum Ernst von Bergmann)

19. März, 17 Uhr
RLS Brandenburg Dortustr. 53

Der Widerstand gegen die faschistische Diktatur im Frühjahr 1933 - am Beispiel von Hennigsdorf und Nowawes (Babelsberg) mit Dr. Günter Wehner, Uwe Klett und Christian Raschke

24. März, 18-20 Uhr
Blok-O, Karl-Marx-Str. 182, 15230 Frankfurt (Oder)

MEHR ALS PLATTE – STÄDTEBAU DER DDR UND WIE ER UNSER LEBEN PRÄGT Podiumsdiskussion u.a. mit Dr. Harald Engler (Leibnitz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, IRS) und Isabelle Vandre, MdL

++Termine ++ Termine++

25. März, 10 Uhr
Burgstraße 20

Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Mitte/Nord.

29. März, 19 Uhr
rotbloq, Zeppelinstr. 7
feministischer Stammtisch

05. April, 17-19 Uhr
rotbloq, Zeppelinstr. 7
kostenlose Rechts- und Sozialberatung

19. April, 19 Uhr
Stadtteilkneipe Nowawes
Roter Stammtisch

26. April, 19 Uhr
rotbloq, Zeppelinstr. 7
feministischer Stammtisch

Die Redaktion der PaS wünscht allen Leserinnen und Lesern

Frohe Ostern!